

Betrachtungen vor den Parlamentswahlen 2026

Herausforderungen eines Herausforderers

Wirft man einen Blick in die westlichen oder regierungskritischen Medien in Ungarn, so scheint ein Regierungswechsel unmittelbar bevorzustehen.

■ VON TRISTAN CSAPLÁR

Die Regierungsparteien Fidesz-KDNP um Viktor Orbán befänden sich demnach in Bedrängnis, während die Opposition im Aufwind sei und von Umfragehoch zu Umfragehoch eile. Dem geneigten Beobachter drängen sich dabei sicherlich Parallelen zu den Parlamentswahlen 2022 auf. Auch damals sahen zahlreiche Umfrageinstitute die Opposition im Vorfeld der Wahlen schon auf der Siegerstraße, nur um dann am Wahlabend festzustellen, dass Fidesz-KDNP das beste Listenergebnis ihrer Geschichte erzielt hatten.

Damals wie heute wiesen die Umfragewerte, abhängig von der politischen Ausrichtung des jeweiligen Instituts, eine deutliche Diskrepanz auf. Die aktuelle politische Lage weist einige Parallelen, jedoch auch signifikante Unterschiede auf. Im Folgenden soll die momentane Situation in Ungarn näher betrachtet werden – mit einem gesonderten Augenmerk auf die politischen Entwicklungen in den Reihen der Oppositionsparteien, die strukturellen Herausforderungen des Ministerpräsidentenaspiranten Péter Magyar und die bestimmenden Themen des laufenden Wahlkampfes.

Die zweite Karriere des ehemaligen Fidesz-Mannes Péter Magyar

Zur besseren Einordnung der jüngsten Entwicklungen in Ungarn ist es unabdingbar, sich mit der Person von Péter Magyar auseinanderzusetzen, der seit Februar 2024 im Mittelpunkt der ungarischen Opposition steht.

Sein Werdegang ist unmittelbar mit dem Fidesz verknüpft. Als Ehemann der ehemaligen Justizministerin Judit Varga, mit der er bis 2023 verheiratet war,

verfügte er zudem über Kontakte bis in die höchsten Kreise der Partei. Magyar selbst übte mehrere gut dotierte Tätigkeiten mit einem niedrigen öffentlichen Profil aus. Dies änderte sich im Februar 2024 infolge des Begnadigungsskandals um Endre Kónya. Dieser war wegen Beihilfe zur Vertuschung des sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilt worden.

Der Fall löste große öffentliche Empörung aus und führte am 10. Februar 2024 zunächst zum Rücktritt von Staatspräsidentin Katalin Novák und kurz darauf auch zum Rücktritt von Judit Varga. Danach trat Magyar erstmals öffentlich in Erscheinung und legte medienwirksam all seine Ämter aus dem Umfeld des Fidesz nieder.

In einem Interview, das mehrere Millionen Menschen erreichte, kritisierte er die „in der Partei vorherrschende Doppelmoral“ und dass sich die wirklich Verantwortlichen „hinter den Rücken der Frauen“ verstecken würden. Wenig später, im März 2024, veröffentlichte Magyar zudem eine heimlich aufgezeichnete Tonaufnahme eines privaten Gesprächs mit seiner Ehefrau. Damit versuchte er, eine politische Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft in einer als „Völner-Schadl-Fall“ bezeichneten Korruptionsaffäre nachzuweisen. Varga betonte jedoch in derselben Aufnahme, dass „nichts Schlimmes“ passiert sei und die Staatsanwaltschaft ihren Vorschlägen nicht immer gefolgt sei.

Diese Veröffentlichung und die Tatsache, dass Magyar offenbar systematisch Gespräche mit seiner Ehefrau aufgezeichnet und ihr Vertrauen missbraucht hatte, missfiel vielen. Dies sollte später Zweifel an seiner moralischen Eignung als Parteiführer und Ministerpräsidentenkandidat aufwerfen. Es sollte nicht der letzte derartige Vorfall im Umfeld von Magyar bleiben. Noch im selben Jahr ließ Magyar ein Gespräch mit sei-

ner damaligen Lebensgefährtin Evelin Vogel aufzeichnen, editieren und veröffentlichen. Womit Magyar augenscheinlich nicht gerechnet hatte: Vogel selbst hatte das Gespräch ebenfalls aufgezeichnet und den Medien die ungekürzte Version zugespielt. All diese Skandale taten Magyars bisherigem politischen Aufstieg jedoch keinen Abbruch.

Fragmentiertes linkes und liberales Lager

Die ungarische linke und liberale Opposition wies bis vor Kurzem eine starke Fragmentierung auf – sowohl in Bezug auf die Parteien als auch auf die Wählerschaft. Ein Blick auf die vergangenen Wahlergebnisse zeichnet ein deutliches Bild: Bei den Parlamentswahlen 2018 entfielen rund die Hälfte der Stimmen auf Fidesz-KDNP, knapp 20 Prozent der Stimmen auf die rechtsextreme Jobbik und etwa 30 Prozent auf die Parteien aus dem linksliberalen Spektrum. Bei den Parlamentswahlen 2022 wurde schließlich der Versuch unternommen, die Wähler der Oppositionsparteien zusammenzuführen. Insgesamt sechs der im Parlament vertretenen Parteien schlossen sich zu einer Oppositionsallianz zusammen.

Um die demokratische Legitimität zu erhöhen, wurde beschlossen, die Direktkandidaten und den Spitzenkandidaten durch Vorwahlen zu bestimmen. Dabei konnte sich der parteilose Bürgermeister der Kleinstadt Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, gegen alle Mitbewerber mit Parteibuch durchsetzen. In der Stichwahl um die Position des Ministerpräsidentenkandidaten konnte sich der katholisch-konservative Márki-Zay ausgerechnet in Budapest, der Hochburg der linken und liberalen Kräfte, gegen Klára Dobrev durchsetzen. Sie ist die Ehefrau des ehemaligen MSZP-Ministerpräsidenten und DK-Chefs Ferenc Gyurcsány



Den ehemaligen Fidesz-Mann Péter Magyar drängt es nach Jahren im Schatten seiner bekannten ehemaligen Ehefrau jetzt selbst an die Macht.

Foto: MTI / Zoltán Máthé

sowie derzeitige Spitzenkandidatin der „Altopposition“ – ein klares Zeugnis für die tiefe Kluft innerhalb der Opposition.

Entsprechend war die Zusammenarbeit zwischen den Parteien alles andere als harmonisch. Der parteilose Spitzenkandidat verfügte über keine eigene Machtbasis und wirkte schwach. Zudem wurde seine Legitimität bereits im Vorfeld der Wahl von den Parteichefs infrage gestellt. Derartige politische

Intrigen, die Unfähigkeit, sich auf ein Wahlprogramm zu einigen, sowie der Zusammenschluss weltanschaulich inkompatibler Parteien zum Machterwerb schaden der politischen Glaubwürdigkeit aller involvierten Parteien zusätzlich. Der Versuch, die Vereinigung der heterogenen Oppositionswählerschaft durch einen von oben orchestrierten Zusammenschluss der Parteien herbeizuführen, war gescheitert.

Erst Oppositionswechsel, dann Regierungswechsel?

Der politische Aufstieg von Péter Magyar traf somit auf eine politische Opposition, die sich in einer Sinn- und Glaubwürdigkeitskrise befand. Das Vertrauen der Wähler in die etablierten Oppositionsparteien war am Tiefpunkt angelangt, was die nahezu sofortige Desintegration sämtlicher Oppositions-

parteien zeigt. Magyar präsentierte sich als Alternative sowohl zur etablierten Opposition als auch zur Regierung. Obwohl die tiefen Gräben innerhalb der heterogenen Oppositionswählerschaft weiterhin bestehen, ist es ihm gelungen, den Großteil der desillusionierten Oppositionswähler – über Parteigrenzen hinweg – hinter sich und vor allem hinter einer einzigen Partei zu vereinen.

Der angestrebte „Oppositionswechsel“ ist somit geglückt. Magyar ist daher um Abgrenzung zur etablierten und in den Augen vieler Wähler gescheiterten „Altopposition“ bemüht. Er hat mehrfach betont, dass er weder Politiker noch Strukturen dieser Parteien in seine Partei integrieren wolle. Diese Maßnahme soll die Glaubwürdigkeit der neuen Partei erhöhen, stellt sie jedoch zugleich vor strukturelle Herausforderungen.

Tisza: Rasche Anfangserfolge, aber kaum Mitglieder

Die Tisza-Partei (Respekt- und Freiheitspartei) wurde im Oktober 2020 von Attila Szabó und Boldizsár Deák in Eger gegründet. Im April 2024 „übernahm“ Magyar die Partei, da die knappe Frist bis zu den Europawahlen die Gründung einer eigenen neuen Partei verhinderte. Im April wurde er zunächst zum stellvertretenden Vorsitzenden und im Juli schließlich zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 errang die Partei ihren bisher größten Erfolg und erhielt aus dem Stand knapp 30 Prozent der Stimmen und somit ein Drittel der auf Ungarn entfallenden Mandate (7/21). Auch bei den zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen konnte Tisza – insbesondere in Budapest – Wahlerfolge für sich verbuchen.

Dabei ist die Partei sowohl personell als auch strukturell kaum ausgebildet und hat als Kaderpartei nur etwa 30 Mitglieder. Eine von Magyar in Aussicht gestellte Öffnung für die Freiwilligen und Unterstützer der Partei ist bisher ausgeblieben und selbst die Wahlkreis-kandidaten durften der Partei bisher nicht beitreten.

Dies führte immer wieder zu der skurrilen Situation, dass sich Experten auf „Tisza-Veranstaltungen“ und vor dem Logo der Partei äußerten, nur um anschließend von der Parteiführung mitgeteilt zu bekommen, dass weder sie noch die Veranstalter offizielle Mitglieder oder Vertreter der Partei seien und ihre Aussagen nicht die Linie der Partei widerspiegeln.

Die bereits erwähnte Abgrenzung zur „Altopposition“ hat zur Folge, dass die Tisza-Kandidaten kaum über politische Erfahrung verfügen und selbst in ihren Wahlkreisen oft nahezu unbekannt sind. Hinzu kommt, dass viele der Kandidaten, wie Magyar selbst, aus dem Umfeld des Fidesz und dem konservativen Milieu stammen, während die Wählerschaft überwiegend aus desillusionierten linken und liberalen Wählern besteht.

Sich der politischen Unerfahrenheit seiner Kandidaten bewusst, verkündete Magyar zudem, dass sie sich am besten nicht selbstständig äußern, sondern Fragen von Medien oder Bürgern an die offizielle Pressestelle der Partei verweisen sollten. Diese Beschränkung der Autonomie der Kandidaten und die offenkundigen Zweifel des Parteichefs an der Erfahrung und Standfestigkeit seines politischen Personals dürften dem Vertrauen der Wähler in die Wahlkreis-kandidaten sicher nicht zuträglich sein.

Was verspricht die Tisza?

Die größte Bürde der Tisza war lange Zeit die mangelnde Glaubwürdigkeit ihres politischen Personals sowie das Fehlen einer klaren programmatischen Ausrichtung. Magyars bisheriger Werdegang als ehemaliger Fidesz-Mann und Profiteur des „Systems Orbán“ sät zusätzlich Zweifel am Umfang des zu erwartenden politischen Wandels im Falle eines Wahlsiegs – insbesondere aus Sicht der linksliberalen Wählerschaft.

Am 7. Februar 2026 stellte die Partei schließlich ihr offizielles Programm mit dem Titel „Die Grundlagen eines funktionsorientierten und menschlichen Ungarns“ vor. Auf 240 Seiten verspricht die Tisza wirtschaftliches Wachstum, eine gerechtere Besteuerung, die Sanierung des Gesundheits- und Bildungswesens sowie die „Rückgewinnung gestohlener öffentlicher Vermögenswerte“.

Bei genauerer Betrachtung wirft das Programm jedoch zahlreiche Fragen auf. Zugespielt lässt es sich wie folgt zusammenfassen: Alle Maßnahmen der amtierenden Fidesz-Regierung werden entweder beibehalten oder signifikant ausgebaut. So soll die Einkommensteuerbelastung für rund 2,5 Millionen ungarische Arbeitnehmer beispielsweise von derzeit 15 auf 9 Prozent gesenkt werden. Die Sozialleistungen sollen hingegen massiv ausgebaut werden. Die Gehälter aller Beschäftigten bei der Polizei sowie im Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungswesen, im Sozial-, Sport- und Kul-

turbereich sollen sofort um 25 Prozent erhöht werden.

Die Verteidigungsausgaben sollen auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Das Durchschnittsalter des Fuhrparks der ungarischen Eisenbahn soll innerhalb von zehn Jahren halbiert werden, die Ausgaben für die Instandhaltung der Straßen sollen verdoppelt werden und die Lebenserwartung soll bis 2035 auf 80 Jahre steigen. Zudem soll jede Region über ein eigenes „Superkrankenhaus“ verfügen. Das Gesundheitswesen soll jährlich mindestens 500 Milliarden Forint (1,32 Milliarden Euro) zusätzlich erhalten. Jedes Dorf soll 100 Millionen Forint (265.000 Euro) an zusätzlichen jährlichen Fördermitteln zur freien Verfügung bekommen. Gleichzeitig soll das Haushaltsdefizit auf unter drei Prozent gesenkt und die Staatsverschuldung abgebaut werden.

Laut dem Programm sollen diese Mehrausgaben durch die Bekämpfung von Korruption, die Einstellung von Propagandaausgaben, die Inanspruchnahme von EU-Mitteln, zusätzliche Einnahmen aus dem erhofften Wirtschaftswachstum sowie eine einprozentige Vermögensteuer für Milliardäre gedeckt werden. Experten meldeten jedoch erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit dieser Gegenfinanzierung an.

Innenpolitisch verspricht Tisza die Einrichtung einer „Nationalen Behörde für Vermögensrückgewinnung und -schutz“ sowie eine rückwirkende Vermögensprüfung aller Politiker und ihrer Angehörigen für die vergangenen 20 Jahre. Davon wäre natürlich auch Magyar betroffen, gegen den noch Vorwürfe wegen Insiderhandels im Raum stehen.

Außenpolitisch soll der EU-Beitritt der Ukraine verhindert, die EU-Flüchtlingsquote weiterhin abgelehnt und die Praxis der Gastarbeit eingestellt werden. In einer an Trump erinnernden Rede am 11. Februar beschuldigte Magyar philippinische Gastarbeiter, die „Enten und Goldfische“ des Budapester Zoos gefangen und gegessen zu haben. Es bleibt abzuwarten, wie das Programm und der Ton Magyars bei seiner überwiegend linksliberalen Wählerschaft ankommen.

Was spricht für den Fidesz?

Im Wahlkampf setzt der Fidesz auf die Betonung der bisher erreichten Erfolge, insbesondere in den Bereichen Familienförderung, Beschäftigung, reale Einkommensentwicklung, amtliche Senkung der Energiekosten für Privatkunden sowie öffentliche Sicherheit.

Ministerpräsident Viktor Orbán und sein Fidesz setzen auf Stabilität, Berechenbarkeit und Kontinuität.



Fotos: Ministerpräsidentenamt/ Zoltán Fischer

Mit dem Slogan „Die sichere Wahl“ wirbt die Partei mit Stabilität, Berechenbarkeit und Kontinuität – getreu dem alten Adenauer-Motto: „Keine Experimente!“ In Phasen wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit neigen unentschlossene Wähler eher dazu, an bekannten politischen Rahmenbedingungen festzuhalten, anstatt grundlegende Kurswechsel zu unterstützen. Nach 16 Jahren ununterbrochener Regierungstätigkeit muss die Partei jedoch auch den unvermeidlichen Sättigungserscheinungen innerhalb der Bevölkerung begegnen und eine positive Zukunftsvision aufrechterhalten.

Gegenüber der Tisza-Partei ist der Fidesz bestrebt, Zweifel an der Glaubwürdigkeit des politischen Personals und des Programms der Partei zu schüren. Der Fidesz ist zudem sowohl personell als auch infrastrukturell gegenüber der Tisza deutlich im Vorteil. Er verfügt über viele erfahrene Wahlkämpfer und -helfer sowie bekannte und erprobte Direktkandidaten. All diese Faktoren begünstigen den Fidesz und dürften der Partei insbesondere im Endspurt des Wahlkampfes einen Vorteil verschaffen.

Was wird den Wahlausgang bestimmen?

Eine Prognose ist ein unsicheres Unterfangen. Sicher scheint jedoch, dass den Wahlkreisen und den daraus resultierenden Direktmandaten bei der diesjährigen Wahl eine gesteigerte Bedeutung zukommen dürfte, da 106 der 199 Parlamentsabgeordneten direkt im Wahlkreis gewählt werden. Gelingt es einer Partei, die Mehrheit der Wahlkreise zu gewinnen, wäre es rechnerisch sogar möglich, die Wahl zu gewinnen, ohne landesweit die Stimmenmehrheit zu haben.

Aufgrund der großen Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der verschiedenen Umfrageinstitute ist eine Prognose jedoch schwierig. Je nach politischer Nähe sehen die Institute entweder die Opposition oder die Regierung deutlich in Führung – mit Differenzen von bis zu 25 Prozent. Selbst bei Betrachtung der beiden Umfrageinstitute, die das Wahlergebnis 2022 am genauesten vorhergesagt haben – „Medián“ und „Magyar Társadalomkutató“, – ändert sich dieser Befund nicht. „Medián“ sieht die Tisza mit rund 10 Prozentpunkten in Führung, wohingegen „Magyar Társadalomkutató“ einen ähnlich großen Vorsprung zugunsten des Fidesz misst. Immer mehr drängt sich der Eindruck politisch motivierter Umfragen zur asymmetrischen Demobilisierung des jeweils anderen Lagers auf.

Eine Erkenntnis lässt sich dennoch aus den Umfragen gewinnen. Das neue Parlament scheint sich von einem Vielparteienparlament zu einem Zwei- oder Dreiparteienparlament zu wandeln. Neben den beiden großen Kontrahenten Fidesz und Tisza scheint derzeit lediglich die rechtsextreme „Mi Hazánk“ eine realistische Chance zu haben, ins Parlament einzuziehen. Die zahlreichen grünen und linksliberalen Parteien scheinen hingegen endgültig aus der politischen Öffentlichkeit zu verschwinden – mit ihnen auch ihre etablierten Strukturen und Politiker. Das Kräfteressen der beiden Favoriten wird sich bis zum Wahltag mit wachsender Intensität fortsetzen – der Ausgang ist ungewiss.

Der Autor ist Forschungskoordinator am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinius Collegium (MCC).